



# ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

Januar  
2024

**Guten Tag,  
und dass uns gemeinsam ein friedliches neues Jahr  
gelingt!**

Das ist leichter gesagt als getan, denn unsere Regierung steht auf Rüstung und Krieg. Kriegsertüchtigung ist die Zielrichtung, die Kriegsminister Boris Pistorius vorgegeben hat, ungeachtet des beständigen Friedenswillens unserer Bevölkerung. Unser Feindbild wird täglich von den Medien heraufbeschworen, damit die Menschen gefügig werden. Für Waffen und Ausrüstung gibt es schon keine Beschränkungen mehr, da werden sogar zusätzliche Schulden als Sondervermögen deklariert. Lediglich mangelt es noch an jungen Menschen, die sich opfern möchten. Da ist man noch auf der Suche nach Möglichkeiten.

Gleichzeitig stehen unsere Kommunen und Landkreise vor leeren Kassen, und den lokalen Politikern bleibt in ihrer Hilflosigkeit nur der Griff in unsere Taschen. Die Grundsteuer B wird ebenso



angehoben wie die Gebührenordnung. Laut Hessischer Gemeindeordnung müssten die Städte und Kreise mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden, was aber nicht passiert. Anstatt die Bevölkerung zum Widerstand zu mobilisieren, stecken unsere Gemeindevertreter den Kopf in den Sand. Es ist wohl einfacher und bequemer, sich das Geld bei den einfachen, eh schon finanziell belasteten Menschen zu holen. Haben nicht die gleichen Parteien und ihre Vertreter vor Ort Stimmung und Wahlkampf für jene in Bund und Land gemacht, die uns jetzt die nötigen Gelder vorenthalten?

Statt unsere Steuer-Milliarden für Hochrüstung und den Ukrainekrieg zu verschleudern, müssen diese Mittel für Bildung, Gesundheit und den Kampf gegen die Armut verwendet werden.

Gegen Sozialabbau und Kriegsertüchtigung hilft nur Druck und Widerstand von den Menschen, die die Suppe auslöffeln müssen.

R. Weber

## **Wer Israel kritisiert, gilt hier als Antisemit**

Dass die Netanjahu-Regierung mit massiver Gewalt gegen die Palästinenser vorgeht, interessiert die deutsche Regierung nicht. Diskussionen über das, was tatsächlich in Israel passiert, werden von unserer Regierung und den Behörden unterdrückt. Zusammen mit den Leitmedien nehmen sie nicht zur Kenntnis, dass viele Juden in Israel und international für Frieden und Gerechtigkeit mit den unterdrückten Palästinensern auf die Straße gehen und den brutalen Krieg ablehnen.

Ausgerechnet eine deutsche Regierung bestimmt, welche jüdischen Organisationen in Deutschland gut und welche schlecht sind.

Während der deutsche Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ in seinem Protest gehindert wird, steht die Bundesregierung fest an der Seite Israels, und die Außenministerin lehnt Friedensverhandlungen ab.

Seit wann haben Deutsche, deren faschistischer Staat von 1933 bis 1945 die Juden verfolgte und ermordete, das Recht, jüdische Proteste gegen Israels Politik zu verurteilen und anzugreifen und so zu bestimmen, was Juden dürfen und was sie nicht dürfen?

R. Fertig

## Was hat Bildung mit Friedenspolitik zu tun?

Wieder einmal ging vor wenigen Wochen ein „Pisa-Schock“ durch das Land, diesmal noch heftiger als vor 23 Jahren. Damals sprach man von einem Weckruf für Deutschland. Nach den aktuell schlechteren Ergebnissen deutet jedoch einiges darauf hin, dass verantwortliche Bildungspolitiker weiterschlafen haben. Keine Frage, die Ergebnisse werden wieder wirkungslose Sonntagsreden nach sich ziehen. Aber ganz so einfach ist die Sachlage nicht. Es lohnt sich die Ursachen genauer in den Blick zu nehmen.

Aufschluss über Ursachen gibt der Deutsche Lehrerverband, dem man nicht unterstellen kann, dass er linke Positionen vertritt. Wir zitieren aus einem aktuellen Papier des DLV das den Titel trägt: „Bildung in Deutschland Diagnosen und Perspektiven des Deutschen Lehrerverbandes“

*„Das Bildungswesen in Deutschland ist sowohl auf Bundesebene als auch in den meisten Bundesländern chronisch unterfinanziert. ... Im Zuge der finanziellen Belastung des Bundeshaushalts und der Länderhaushalte durch steigende Energiekosten, Inflationsanstieg und höhere Militär- und Sozialausgaben droht in verstärktem Maße die Vernachlässigung der Bildung. ...“* „Seit Jahren befindet sich das deutsche Bildungssystem im permanenten Krisen- und Ausnahmestadium, in neuerer Zeit verstärkt durch den großen Flüchtlingszustrom 2015/16, dann fortgesetzt durch die Corona-Pandemie und die Aufnahme von Hunderttausenden ukrainischen Schülerinnen und Schülern seit Februar 2022. Diese immer neuen Herausforderungen, für die die Politik **nie** (Hervorhebung OK) die dafür notwendigen Ressourcen in vollem Umfang bereitgestellt hat, haben die Kernanliegen guter Bildungspolitik zu stark in den Hintergrund treten lassen“ (Zitat Deutscher Lehrerverband)

Richtig erkannt!

Unsere Regierung betreibt eine Außenpolitik, die in vielen Teilen der Welt auf militärische Eskalation setzt. Das führt dazu, dass Menschen an ihren Heimatorten keine Perspektive mehr haben und aus ihren Ländern fliehen. Diese Politik fördert nur die Kriegsgewinnler der Rüstungskonzerne, wie die gestiegenen Aktienkurse zeigen. Diese sind nicht an einer gebildeten Bevölkerung interessiert. Ganz im Gegenteil!



Kanonenfutter muss nicht gebildet sein. Insofern glauben wir nicht, dass die Hauptverantwortlichen geschlafen haben. Sie machen ihr Geschäft.

G. Janske

## **Wohlfühlen auf Parteitag**

Von Ende November 2023 bis Mitte Dezember hielten gleich drei im Bundestag vertretene Parteien Die Linke, Bündnis 90 Die Grünen und die SPD ihre Parteitage ab. Während die Linke einen starken Vertrauensverlust in der Bevölkerung erlebt hat und in einen desolaten Zustand geraten ist, geht sie ohne Korrekturen an die EU-Wahl.

Die Grünen, die laut ihrem Wirtschaftsmister Robert Habeck in der Sendung von Anne Will bemerkte, „wir seien von Wirklichkeit umzingelt“, haben sich auf ihrem Parteitag für ihre „erfolgreiche Regierungspolitik“ gelobt, ungeachtet des angerichteten Chaos`.

Die SPD, die in den Prognosen derzeit auf 14 bis 17 Prozent der Stimmen käme, macht für ihren Abstieg einzig den russischen Präsidenten Putin verantwortlich. Bundeskanzler Olaf Scholz, die Ruhe selbst, nimmt es bekanntlich mit den Realitäten nicht so genau. Wenn der Gegner ausgemacht ist, ist der „Partei“-Tag gerettet, muss er sich gedacht haben. Gestiegene Preise für Lebensmittel und Energie, Milliardenlöcher im Bundeshaushalt und der damit verbundene Sozialabbau werden dem russischen Präsidenten angelastet.

Die deutlichsten mentalen Aussetzer hatte der Bundeskanzler, als er unsere unsichere Energieversorgung damit begründete, dass Putin die Gaszufuhr abgestellt habe. Kein Wort davon, dass seine Sanktionen oder der gesperrte Zahlungsverkehr Ursache sein könnten.

R. Weber



**dkp-michelstadt**



**dkp\_michelstadt**



**DKP\_Michelstadt**

***Spenden sind herzlich willkommen!***  
***Sparkasse Darmstadt***  
***Stichwort „ODENWALDKURIER“***  
**IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40**

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt***  
***E-Mail [reinhold-fertig@t-online.de](mailto:reinhold-fertig@t-online.de)***